

**Bezugspreis**  
für Halle monatlich bei zweimaliger  
Lieferung 2.00 Mark, vierteljährlich  
6.00 Mark, durch die Post 6.00 Mark  
einschl. Zustellungsgebühr. Einzel-  
nummern 15 Pf. Bestellungen werden  
den allen Reichspostämtern entgegen-  
genommen. Im amtlichen Zeitungsver-  
zeichnis unter Zeitschriften eingetrag-  
en. Für unvorläufig eingegangene  
Manuskripte wird keine Gewähr  
übernommen. Nachdruck nur mit der  
Zustimmung der Redaktion gestattet.  
Vertrieb durch die Schriftleitung Nr. 1142  
u. 1418, der Zeitschriften-Abt. Nr. 1133;  
Vertrieb durch die Post Nr. 4609.

# Saale-Zeitung

Dreihundertfünfzigster Jahrgang.

Nr. 326.

Halle, Dienstag, den 15. Juli.

1019.

## Verfassungsberatung in Weimar.

Die Wahl eines neuen Vizepräsidenten. — Eine Abstimmung über die Abschaffung des Adels.

### Deutsche Nationalversammlung.

WTB. Weimar, 15. Juli. (57. Sitzung.) Am Regierungssitz: Dr. Preuß und David.  
Präsident Heinenbach eröffnet die Sitzung 9 Uhr 50 Min.  
Abg. Tiele (Soz.) stellt eine

Anfrage über das aus den Verwertungsstellen veräußerte  
Seeresgut.

das dem Schleichhandel Vorzug geleistet und das  
Ergaben beträchtlicher Zwischengewinne ermöglicht habe.  
Ein Vertreter des Reichsschatzamtes erwidert die Auskunft,  
daß die Zwischengewinne sich in beträchtlichen Beträgen  
und teilweise der Fiskus an dem Verdienst beteiligt werde.  
Das Haus tritt in die Wahl eines Vizepräsidenten der  
Nationalversammlung für den ausgeschiedenen Unterstaats-  
sekretär Schulz (Soz.) ein.

Abg. Gröber (Ztr.) tritt für Wahl durch Zufall ein und  
schlägt, da kein Widerspruch erfolgt, den Abg. Loeb (Soz.)  
als Vizepräsidenten vor.

Die Wahl erfolgt einstimmig.  
Abg. Loeb nimmt sie mit Dank an.  
Darauf legt das Haus die

### zweite Beratung des Verfassungsentwurfs

mit dem zweiten Haupttitel „Grundrechte und Grundpflichten  
der Deutschen“ fort. Artikel 107 bestimmt einleitend: Die  
Grundrechte und Grundpflichten bilden Richtschnur und  
Grenzen für die Gesetzgebung, die Verwaltung und die  
Richterpflege im Reich und in den Ländern.  
Abg. Gröber (Ztr.): Der Artikel 107 bringt nichts Neues.  
An der Spitze eines Vorschlags über die Grundrechte würde  
er sich ganz gut machen, hier ist er zum mindesten entbehr-  
lich. Ich beantrage ihn zu streichen.  
Nach kurzer Debatte wird Artikel 107 gestrichen.  
Artikel 108 bestimmt:

### Alle Deutschen sind vor dem Gesetz gleich.

Männer und Frauen haben grundsätzlich dieselben Staats-  
bürgerlichen Rechte und Pflichten. Des öffentlichen rechtliche Vor-  
rechte und Nachteile der Geburt und des Standes bestehen  
nicht. Ausnahmestellungen gelten nur als Teil des Namens  
und dürfen nicht mehr verliehen werden. Titel dürfen nur  
als Amt und Berufsbezeichnung verliehen werden. Adels-  
mäßige Grade sind hierdurch nicht betroffen. Orden und Ehren-  
zeichen dürfen vom Staat verliehen werden. Kein Deutscher  
darf von einer ausländischen Regierung Titel oder Orden an-  
nehmen.

Die Abg. Heinze (D. Rpt.) und Genossen beantragen die  
Streichung des Artikels 107. Die Abg. Heinze (D. Rpt.) und  
Genossen beantragen die Streichung des Artikels 108.  
Die Abg. Franz Agnes und Genossen beantragen, der  
Artikel 108 abgelehnt zu werden. Die Abg. Heinze (D. Rpt.)  
und Genossen beantragen die Streichung des Artikels 108.  
Die Abg. Heinze (D. Rpt.) und Genossen beantragen die  
Streichung des Artikels 108.

Die Sozialdemokraten Auer und Genossen beantragen  
gleichfalls die Streichung des Adels und die Gleichstellung  
der Männer und Frauen nur in den staatsbürgerlichen  
Rechten (nicht Pflichten).

Endlich beantragen die Sozialdemokraten Frau Zuckas  
und Genossen hinter dem Gah über die Gleichstellung von  
Männern und Frauen den Vorschlag: Die Bestimmungen des  
öffentlichen und bürgerlichen Rechts sind entsprechend zu ge-  
halten.

Auf Antrag Dr. Daack (Soz.) wird über die sozialdemo-  
kratischen Anträge wegen Gleichstellung der Frau namentlich  
abgestimmt werden.

### Aufnahme des Berliner Verkehrs.

WTB. Berlin, 15. Juli. Die Berliner Omnibusse  
haben heute früh den Betrieb in vollem Umfang  
wieder aufgenommen. Die Straßenbahnen konnten  
mit Rücksicht auf die erforderlichen Reinigungsarbeiten  
bisher nur teilweise fahren. Die Untergrundbahn be-  
trachtet die Aufnahme des Betriebes nach Beendigung  
der notwendigen technischen Vorarbeiten heute zwischen  
12 und 1 Uhr nachmittags.

### Besserung der Lage der Kriegesgefangenen.

WTB. Berlin, 15. Juli. Bekanntlich waren in  
den letzten Monaten ganz außerordentlich ungünstige  
Nachrichten über die Lage der deutschen Kriegsgefangenen  
bei dem Arbeitskommissariat in dem früheren französi-  
schen Operationsgebiet eingegangen. Erst nach langen  
Bemühungen konnte durchgesetzt werden, daß Delegierte  
der schwerkranken Gefangenen in Paris die Erlaubnis  
erhielten, diese Kriegsgefangenen zu besuchen. Die Be-  
richte geben jetzt ein und zeigen erfreulicherweise, daß  
die französische Regierung endlich durchgegriffen und  
den schlimmsten Missetaten geteuer hat. Die Unter-  
bringung hat sich sehr verbessert, die Ernährung ist nicht  
mehr unzureichend. Ueber die Behandlung wird  
weniger geklagt. Selbstverständlich werden alle ein-  
zuwendenden Beschwerden auch weiterhin auf das nachdrück-  
lichste verfolgt werden, jedoch können die Angehörigen

erfreulicherweise mit Recht annehmen, daß die noch ein-  
laufenden Klagen jetzt wahrscheinlich im wesentlichen  
überholt sind.

### Verschiebung der großen politischen Debatte.

WTB. Weimar, 15. Juli. Die große politische  
Ausrede ist mit Rücksicht auf den Beschlusplan der  
Nationalversammlung auf Dienstag, den 22. Juli, ver-  
schoben worden.

### Abschied des Unterstaatssekretärs Töpfer.

WTB. Weimar, 15. Juli. Wie wir hören, hat  
der Unterstaatssekretär im Auswärtigen Amt Töpfer  
seinen Abschied genommen.

### Die Vorlage über die Betriebsräte.

WTB. Weimar, 15. Juli. Die Vorlage über  
die Betriebsräte wird der Nationalversammlung in den  
nächsten Tagen zugehen.

### Wilde Streiks ostpreussischer Landleute.

Königsberg, 15. Juli. (Eigene Drahtnachricht.) Von  
unverantwortlicher Seite hat es ein Teil der Landleute des  
Kreis Kreutzburg in wilde Streiks treiben lassen. Der Zentral-  
verband für Land-, Forst- und Weinbergarbeiter fordert die  
Landbesitzer auf, die Arbeit wieder anzunehmen, da nächster  
Tage Verhandlungen zum Abschluß eines Tarifvertrages statt-  
finden. Zur Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung, sowie  
zum Schutze der Arbeitswilligen wurden Regierungstruppen in  
den Kreis geschickt.

### Die Namen der Opfer von Scapaflow.

WTB. Berlin, 15. Juli. (Ausl.) Durch die  
völkerrechtswidrige unermessliche Beschichtung der wehr-  
losen Besatzung der deutschen Kriegsschiffe bei der  
Besetzung der Kriegsgefangenen in Scapaflow haben nach  
den bisherigen Ermittlungen außer dem Korvetten-  
kapitän Schumann noch vier Leben verloren: Torpedos-  
maschinenmeister Friedrich Bede und Gustav Franke,  
Alle drei gehörten zur Besatzung des Torpedobootes  
V 125. Eine endgültige Feststellung der Zahl und  
Namen der Getöteten, sowie der Verwundeten hat sich  
infolge Ausbleibens einer englischen Antwort auf eine  
am 29. Juni deutscherseits ergangene amtliche Anfrage  
trotz aller Bemühungen noch nicht ermöglichen lassen.  
Die gereizten Befehlungen sind vermuthlich in den Ge-  
fangenenlagern in Demeritz (bei Ehrensbury) und  
Walesfield (bei Hull) interniert.

### Heimkehr aus Rumänien.

WTB. Berlin, 15. Juli. Mit dem aus Rumänien  
heimkehrenden Lazarettzug 23 treffen demnächst 28 Offi-  
ziere vom Generalkommando 68, die in Tenezwar inter-  
niert waren, ein, darunter die Generale Koch und Schöps.

### Aufrechterhaltung der Postkontrolle.

Paris, 15. Juli. (Eigene Drahtnachricht.) Wie der  
„Rein“ meldet, hat die französische Regierung beschlossen, die  
Postkontrolle im besetzten Gebiet aufrecht zu erhalten. Ebenso  
wird die Besatzung weiter bestehen bleiben. Alle Telegramme,  
die aus dem besetzten nach dem besetzten Gebiet kommen, werden  
unvor der Zeit an abgelehnt werden. Der private Briefverkehr  
soll freigegeben werden, doch müssen die Briefe nach dem besetz-  
ten Gebiet offen verpackt werden.

### Frankreich sendet nur einen Geschäftsträger.

Berlin, 15. Juli. (Eigene Drahtnachricht.) Frankreich  
verhält sich weiter vor Deutschland. Wie aus Paris gemeldet  
wird, soll Deutschen die Einreise nach Paris in Frankreich nur in  
dringenden Fällen und für kurze Zeit gestattet werden. Frank-  
reich will nur einen Geschäftsträger nach Berlin senden und nicht  
vorläufig von der diplomatischen Verbindung mit Deutschland ab.

### Entsendung von amerikanischen Handelsfachver- ständigen.

Rotterdam, 15. Juli. (Eigene Drahtnachricht.) Amerika  
will zahlreiche Handelsfachverständige nach Deutschland senden.  
Ein besonderer Handelsattaché wird nach Berlin und München  
geschickt werden. Auch in Hamburg und anderen wichtigen Orten  
wird Amerika seine Handelsverbindungen einstellen. Mit Deutsch-  
land soll sofort ein freier Verkehr hergestellt werden. Der Voll-  
zug des Telegramms erfolgt im Laufe der Freigegeben. Strenge Maßnahmen  
werden nur gegen Gefährdungsminderung getroffen.

### Der sozialistische Nationalrat Frankreichs gegen die Ratifizierung.

Paris, 15. Juli. (Eigene Drahtnachricht.) Der sozia-  
listische Nationalrat von Paris hat mit 142 Stimmen 54 Stimmen  
bei 40 Enthaltungen gegen die Ratifizierung des  
Vertrages abgestimmt.

### Die Freiheit des Handels.

II.

Nur ein freier Handel vermag den Nutzen aus der  
Anhebung der Wäldere zu ziehen, den wir im Interesse  
unseres Vaterlandes so dringend notwendig haben.  
Auch nur der freie Handel vermag das erdärmliche  
Schicksal zu befechten. Kann sich der freie Handel  
wieder ausdehnen, dann wird am besten und wirksam-  
sten Front gemacht werden können gegen jene Vagabunden,  
die während des Krieges und nicht minder auch während  
der Revolution Vermögen zu häufen verstanden. Wäh-  
rend des Krieges hat man zu sehr und zu ängstlich nach  
der Valuta gesehen, die geradezu zu einem Schreck-  
gepenst geworden war. Wenn irgendwo bei unserer  
Lebensmittelversorgung ein Fehler mit dem Mantel  
christlicher Nächstenliebe zu verhüllen war, dann sollte  
man eifrig das Wörtchen Valuta hervor. Eine jede  
Schuld, eine jede Nachlässigkeit der Regierung wurde  
gedeckt durch die Valuta. In ihrem Namen durfte  
frisch drauf los gefündigt werden zum Nachteil einer  
geordneten Versorgung unserer Bevölkerung. Heute  
kann man kein Zweifel mehr darüber bestehen, daß das  
ängstliche Seelen nach der Valuta die Ursache vieler  
unserer Nöte ist. Wenn die Arbeitsunlust einen so  
großen Umfang angenommen hat, so ist gleichfalls die  
ausschlaggebende Stellung der Valuta weitgehend die  
Ursache. Es wäre seit Jahren besser um uns bestellt  
gewesen, wenn wir an Lebensmitteln eingeführt hätten,  
was wir bekommen hätten, zum mindesten hätte dieser  
Grundsatz seit den Novembertagen vorigen Jahres ein-  
genommen werden sollen. Man darf heute getroßt be-  
haupten: Eine gezeigerte Einfuhr wäre keine Gefahr  
für die Valuta gewesen, sondern hätte sie im Ge-  
gentheil gestärkt und befestigt! Stets  
wäre geachtet, daß die Arbeitsunlust bekämpft werden  
müßte. Wirklicher als durch alle Gewaltmittel wäre  
das durch ein erhöhtes Quantum fest zu gehen. Hätte  
man z. B. durch erhöhte Besteuerung die Arbeitsmül-  
ler erhöht, dann würde man den kleinen Verlust, den  
die Valuta durch die Abgabe von Metallgeld erlitten  
hätte, mehr als ausgleichen haben. Auch heute darf  
die Valuta nicht entsetzend sein über Maß und Um-  
fang unserer Einfuhr. Wenn selbst damit zu rechnen  
wäre, daß durch eine zu starke Einfuhr der deutsche  
Kurs noch weiter fällt, dann ist auf der anderen Seite  
doch zu beachten, daß durch diese Einfuhr die Möglichkeit  
einer erhöhten Beschäftigung der Industrie geschaffen  
wird. Und erhöhte Produktion wird dann von selbst  
für eine Steigerung des Marktwertes wirken.

Dennoch darf die Valuta nicht länger zur Be-  
gründung der Abschnürung des freien Handels und zur  
Aufrechterhaltung der Zwangsverwaltung dienen. Gerade  
jetzt, nachdem die Blockade aufgehoben ist und dem deut-  
schen Handel wieder die Welt offen steht, kann der Ruf  
nicht eindringlich genug erörtern: Es muß ein Ende  
mit der unglücklichen Rubelbesetzung gemacht, unter  
der wir viel zu lange schon gelitten haben. Es gibt  
nur wenige Kriegesgefangenen, die praktisch und er-  
folgreich gearbeitet haben. An der Mehrzahl brachten  
sie jedenfalls eine unendliche Erschöpfung unserer  
ganzen Industrie und unserer Ernährung mit sich.  
Wir brauchen nur daran zu erinnern, wie die ver-  
schiedenen Dienststellen für Gemüthe und Lohn die Kräfte  
„wegregiert“ haben. Und welcher Wirrwarr bestand  
zum Beispiel bei der Einfuhr und Verwaltung der  
Kette! Wie erschweren die verschiedenen Dienststellen  
die Situation durch das gewöhnliche Gegenüberber-  
regieren! Der Bürokratismus erlebte bei den Kriegs-  
gesellschaften seine höchste Blüthezeit! Aber gelinde  
kaufmännische Sinn hätte durch die Rubelbesetzung  
getötet zu sein. Die ungläubigen Erschönerungen  
waren die Ursache, daß der ausländische Handel sich  
schlecht, Geschäft mit deutschen Kaufleuten unter Ein-  
wirkung auf die Kriegesgesellschaften abwickelten. Erst in  
kürzester Zeit lag uns wieder der Brief einer holländi-  
schen Firma vor, in dem Klagen über den Kriegesge-  
sellschaftlichen Bürokratismus zum Ausdruck kamen. Wie  
die vielfachen Klagen waren in den letzten Tagen aus-  
sammengestellt in einem Artikel, den die „Edel. Zig.“  
veröffentlichte und in dem es hieß:

„Seit ein paar Wochen schwimmen wir in Zitronen,  
die verfaulen und verderben, weil Unmengen ein-  
geführt worden sind. Man schätzt die Gesamtmenge für ganz Deutsch-  
land auf etwa 1000 Wagen zu 400 Kisten = 400 000 Kisten, im  
Durchschnittswert von 100 M. = 40 Millionen Mark.  
Die Reichsheile hat davon etwa 250 Wagen fortgenommen, nur

Bereitstellung durch die Bezirksstellen der Gemeinden. Der Rest von 750 Wagen wird an öffentlichen Einzahlstellen durch Groß-Schleichenhändler heringefahren sein, ansonst ist die Sache nicht erklärlich. Auch für Polen sind 40-50 Wagen Zitronen auf deutschen Eisenbahnen herangefahren worden, erst in Karlsruhe soll man sie annehmen und unter der Hand, einheimisch mit Genehmigung der Reichsliste, verschleudert haben. Nun fragt man sich, sind denn Zitronen ein absolut unentbehrliches Lebensmittel oder Zugzwang? Müste man Italien seinen Ueberflus zu enormen Preisen abnehmen, müste eine Summe von 40 Millionen Mark oder noch mehr ins heimische Ausland fließen, während man dafür in Holland, Norwegen, Dänemark, also im befreundeten Ausland, notwendiger Lebensmittel wie Getreide, Fische, Milch und ähnliches hätte kaufen können?

Die Reichsliste für Gemüse und Obst hat bismarckische Pfäffchen mit 805 Mrk. per Kilogramm als Preis für eine Tonne festgesetzt. In letzterer Zeit waren die in Breslau angekommenen etwa 20 Waggons verfrachtet; man wollte mehr kaufen. Derselben Pfäffchen waren vorher mit 4 1/2 Mrk. per Kilogramm als Preis für eine Tonne festgesetzt. Man wollte mehr kaufen, aber die Reichsliste verweigert die Einfuhr-Erlaubnis, da sie in Norwegen ihre eigenen Einfuhr-Erlaubnisse haben.

Norwegen hat einen enormen Ueberflus an Fischkonserven und Zeringen; eine Menge von 15 000 Tonnen Zeringe wird zu unannehmbarem Preise angeboten, aber die Sonderliste genehmigte Fisch-Einfuhr-Gesellschaft verweigert die Einfuhr-Erlaubnis, da sie in Norwegen ihre eigenen Einfuhr-Erlaubnisse haben.

Sardellen werden in Holland billig zu haben, zu 3 bis 4 Mrk. per Tonne. Die sibirische Reichsliste erklärt Sardellen, deren haben wir einen Vorrat und jeder Kranke zu schätzen weiß, als Zugzwang. Jetzt kann man durch den Groß-Schleichenhandel einmündige Sardellen zum Preise von 12 bis 14 Mrk. per Tonne überall in Breslau kaufen.

Die Preise der Waren werden mit ein Waggon Kohlensteine rollend auf Breslau mit 45 Mrk. per Tonne angeboten. Besatzung nach Besatzung und Anstufung der Ware. In kleinen Mengen wurde in letzter Zeit Kohlensteine mit 64 Mrk. und Kohlensteine mit 72-76 Mrk. per Tonne angeboten.

Es antwortet auf die Frage, ob die Einfuhr-Erlaubnisse durch die Einfuhr-Erlaubnisse sind, dass diese, natürlich fast ausschließlich Verfrachtungsrate der Entente, über das ausgehende Deutschland erhebt. In beiden Städten und auch noch anderswo sind die Preise von den Groß-Schleichenhändlern, welche mit Hilfe von ihnen und herstellenden Vermittlern diese Waren aus dem linksrheinischen Gebiet heringefahren, die Erhebung und Ausfuhr eines Waggons soll bis 60 000 Mk. kosten, englische und belgische Offiziere begleiten den Transport. Reichsliste kostet auf dem linken Ufer 6-7 Mrk. das Pfund und wird auf dem rechten Ufer mit 28 bis 30 Mrk. per Tonne meistert.

Mit Käse, Zuckern, Sauerbuden, Zeringen, getrockneten Früchten, Hülsenfrüchten, Kartoffelmehl, Speck, Butter, Milch usw. verhält es sich ähnlich. Antizipation macht der erhöhte Preis diesen Schleichenhändler, der sich kaum noch schickter auszuweisen kann, nur wenn ihm nicht ein solches Ware am nächsten, auf seinen Wagen kann er nichts verdienen, seine Käufer darf jede Menge revidieren. Und alles spielt sich unter den Augen der Regierung ab.

Echon vor Wochen hat J. B. ein Amerikaner erklärt: „Ihr jammert über die Blockade, Ihr hungert ihr wegen, wir wissen das genau; aber solange eure Regierung die Zwangswirtschaft beibehält, denken wir nicht daran, Euch zu helfen; befreit diesen Zwang und Ihr sollt alles haben in Hülle und Fülle, denn wir wollen mit dem deutschen Kaufmann wieder Geschäfte machen wie in der Friedenszeit.“ Aus dem Auslande hat weiter der Verband der holländischen Ausfuhrhändler für Gemüse und Obst in einem Schreiben an das Reichsministerium gesagt:

„Wir erlauben uns, Ihre Aufmerksamkeit darauf zu lenken, daß die Blockade, die die deutsche Regierung im Verbands mit der Zwangswirtschaft getroffen hat, einen höchst schädlichen Einfluß auf die Ausfuhr von Gemüse und Obst nach Deutschland ausgeübt hat. Die geminderten Preise, nämlich die Preisbildung der Blockade, sind ein Hindernis für die Verköstigung der Bevölkerung hat. Die Blockade hat weiter eine andere Wirkung ausgeübt, als die einer Verkleinerung der holländischen Mittel nach dem Auslande, und zwar in größerem Umfange, als es bei freiem Handel möglich gewesen wäre. Die Preise der Gemüse haben unter der Blockade stark zugenommen, auf denen sich der Handel bewegt, tatsächlich eine 50% Erhöhung, die es dem größten Teile der Bevölkerung unmöglich macht, sich die Produkte zu erwerben. Die Gemüse werden dabei über verschiedene Strecken Deutschlands ungleichmäßig verteilt, während außerdem in viel geringeren Mengen einsehrt wird, als es bei unbehindertem Handel der Fall wäre. Die allgemeine Handelsfreiheit ist somit das einzige Mittel, wodurch die Preise auf das Normale zurückgebracht werden.“

Endlich muß aber auch entscheidend ins Gewicht fallen, daß der Kredit des Reiches außerordentlich gesunken ist, während der deutsche Kaufmann im Auslande im weitestgehenden seinen Kredit sich erhalten hat. Er vermag deshalb preiswert einzuführen, das Reich nicht. Auch hierfür lassen sich zahlreiche Beweise anführen.

Nach welcher Richtung man das Problem auch betrachtet: Alle Gründe der Vernunft sprechen dafür, daß es eine dringende Notwendigkeit ist, der Zwangswirtschaft ein Ende zu bereiten und dem freien Handel die Wege wieder zu öffnen, damit auch für ihn die Worte: „Freie Waren dem Tüchtigen“ tiefsten Sinn bekommen können. C. H.

### Mackensens Rückkehr?

Wien, 14. Juli. Wie die Blätter melden, werden die in Ungarn interniert gewesenen deutschen Soldaten mit Generalstabsoberst v. Mackens in den nächsten Tagen auf dem Wege nach Deutschland durch Wien kommen und sich hier einige Tage aufhalten.

### Die deutsche Regierung zur Auslieferung des deutschen Kaisers.

Der Berliner Korrespondent der „Chicago Tribune“ teilt mit, daß man sich in Regierungskreisen über die Forderung der deutschen Regierung zur Auslieferung des Kaisers geeinigt habe. Die Regierung werde sich an den Friedensvertrag halten. Dieser verpflichte Deutschland nicht, zur Auslieferung des Kaisers beizutreten. Die Regierung betrachte den Kaiser als eine Privatperson, die Deutschland verlassen habe und sich nicht mehr unter deutscher Jurisdiktion befinde.

### Aber die Vorbereitungen für die Rückkehr der deutschen Kriegsgefangenen.

führt der sozialdemokratische Abgeordnete Städelin in einem längeren Vortrag in Weimar u. a. folgendes aus:

Kriegstransporte von deutschen Kriegsgefangenen haben bisher, abgesehen von einem kleinen Transport der im Saar-gebiet beheimateten, nicht stattgefunden.

Frankreich hat 340 000, England 185 000 und Amerika 50 000 deutsche Kriegsgefangene. In Sibirien sind 20 000 Kriegs- und 30 000 Zivilgefangene.

Die schlimmste Behandlung ist den deutschen Kriegsgefangenen von den Franzosen zuteil geworden, im übrigen sind die Klagen gering.

Durch private Opferwilligkeit sind bisher 10 Millionen Mark Spenden eingeommen. 150 Millionen hat die Reichsregierung zusätzlich zur Verfügung gestellt. Jeder Gefangene soll bei Bedürftigkeit bei der Heimkehr eine Beihilfe von 300 Mark bekommen, ausgenommen die Ueberläufer. Diese Beihilfe kann in besonders gerietten Fällen bis auf 600 Mk. erhöht werden, wenn die Gemeinde 150 Mk. zuzieht. Bei der Entlassung soll ferner jeder Gefangene eine Wundsumme von 50 Mark und die Gebühren für acht Wochen erhalten.

### Das Ende der Internierung.

Bern, 14. Juli. Nachdem die letzten Schwierigkeiten wegen der Entlassung der etwa 300 000 noch in der Schweiz befindlichen deutschen Internierten beseitigt sind, wird die Kriegsinternierung in der Schweiz in etwa Monatsfrist beendet sein.

### Arbeitet endlich wieder!

Berlin, 15. Juli, 12.20 Uhr nachts. In der heute letzt-abendlichen Versammlung der Arbeitlosen der Großen Berliner Straßenbahn wurde beschlossen, die Arbeit Diensten wieder aufzunehmen.

Berlin, 15. Juli. In den noch geltend abgehaltenen Versammlungen vor Vorlage getroffen, daß die kommunistischen Agitatoren nicht zu Worte kamen. Das Bild hat sich daraufhin sofort geändert, und es ist überall deutlich die Zeit zur Wiederkehr der Arbeit anzudeuten. Aus technischen Gründen, Reinigung der Gleise usw. wird der Verkehr aber erst zu vorgeschrittener Stunde beginnen können.

### Der Anfang des englisch-deutschen Handels.

Amsterdam, 14. Juli. „Neuws van den Dag“ meldet aus London: Die britische Regierung hat zugestimmt, durch die die Wiedereröffnung des Handels mit Deutschland wieder ermöglicht wird.

### Die Schweizer Sozialisten - Bolschewiki!

Bern, 15. Juli. Der Parteivorstand der Schweizerischen Sozialdemokratie hat sich in seiner Sitzung in Olten mit der Basis internationaler Sozialistenkonferenz befaßt. Mit 20 gegen 2 Stimmen wurde ein Antrag auf Beitritt zu der dritten Internationalen, mit 20 gegen 10 Stimmen ein Antrag auf Verpöndung gegen Eintritt in den Bildebund und einstimmig ein Antrag auf Herabsetzung der Lebensmittelpreise gestellt.

Na also! Die „Dritte Internationale“ stellt das äußere Band der kommunistisch-bolschewistischen Gruppen dar. Ihr geht sowohl die russische Regierungspartei als auch die „Kommunistische Partei Deutschlands (Spartakus-Bund)“ an. Der Beitritt der Schweizer Sozialisten kann nicht mehr überdacht, nachdem die Partei die Beteiligung an der Berner Konferenz der „zweiten Internationale“ abgelehnt hat.

### Ein mannhafter Schritt der Schweiz.

Der Chef der Schweizer Abordnung in Paris erklärte verschiedenen Blättern zufolge: Wenn die Zulassung Deutschlands zum Bildebund nicht erfolge, würde die Schweiz auf ihre Mitgliedschaft verzichten!

### Frankreich will sogar noch verdienen!

Der „Temp“ verurteilt die französischen Interessen darüber zu beruhigen, daß nicht die Schätzungen Deutschlands, sondern diejenigen Frankreichs für die maßgebend seien. Das französische Geheiß sei ausdrücklich vor, daß der französische Staat für alle Ansprüche auf Schadenersatz aufkomme.

In jedem Falle gewähre das Geheiß dem Staate einen gewissen Zeitraum, in dem zu deren Verfügung alle Rechte über den tatsächlich erlittenen Schaden hinaus ein besonderes Fonds geschaffen werden soll, dessen Höhe sich nach dem von Deutschland zu zahlenden Entschädigungen richten wird.

### England gegen deutsche Einwanderung.

Im englischen Unterhause sagte Lloyd George am Freitag, die Wiederzulassung deutscher Einwanderer in England werde von England nicht gewünscht.

Es würden besondere Bestimmungen gegen unerwünschte Einwanderung Deutscher in England und sein Kolonialreich getroffen werden.

Was sagen die deutsch-internationalen Verbindungs-schwärmer dazu?

### Tschechische Annäherung an uns?

Die deutsch-feindliche Politik der tschechoslowakischen Republik ist nach einer Meldung aus Prag befristet. Die tschechischen Tschechen beschließen einstimmig mit Deutschen und Deutschen schließt zu guten Beziehungen zu gelangen. Politisch wie wirtschaftlich sucht die Tschechoslowakei Annäherung an Deutschland, weil dadurch ihre Existenzmöglichkeit praktischer beginnt.

Das klingt ganz gut. Ob's aber wahr ist?

## Deutsches Reich.

### Das Schallenspreiz fertig.

Weimar, 14. Juli. (S. 2.) Zwischen den Parteien der Sozialdemokratie und des Zentrums ist in der Nationalversammlung ein Kompromiß auf dem Gebiet der Ernennung zustande gekommen, daß sich auf die Artikel 145/46 des Verfassungsentwurfs bezieht. So

wird zunächst bestimmt, daß der Wille der Erziehungsberechtigten entscheiden soll, ob die Schulen innerhalb der Gemeinden für alle Befennnisse gemeinsam, nach Befennnissen getrennt oder befennnisfrei (weltlich) sein sollen.

## Ausland.

### Es wollen nicht nach Russland.

Rotterdam, 14. Juli. Laut „Nieuwe Courant“ hat die englische Arbeiterpartei endgültig beschlossen, am 21. und 22. Juli eine zweiseitige Protestkundgebung gegen die Verdrängung englischer Truppen nach Russland abzuhalten.

### Entenentwertung an den Aka-Kan.

Paris, 14. Juli. Die a. und a. Regierungen lassen Botschaften mitteilen, daß sie die Befehle an die Aka-Kan-Division an und anderer Wertpapiere, die sich im Besitz ihrer Staatsangehörigen befinden, als schwere Diebstahl ansehen und alle Konfiskations-Maßnahmen der kommunistischen Regierung als null und nichtig betrachten würden.

### Der erste Holland!

Hamburg, 14. Juli. Der holländische Dampfer „Mars“ ist am Montag mit einer Ladung Südgut im Hamburger Hafen eingelaufen, als erster Holland, der nach Aufhebung der Blockade ohne Kontrolle Hamburg angefahren hat.

## Halle und Umgegend.

am 15. Juli 1919

Die geistliche Uebernahme in der Ulrichsstraße am Sonntag der Reintraut für unsere Kriegsgefangenen bestimmt ist, brachte ein abwechselungsreiches Programm zur Ausführung. Die Orchestration von Reintraut zeigt in ihren Mitteln aus denen bestehende Einzelheiten, die auch vom Spieler mit anerkennenswerter Fertigkeit auf bestem Niveau dargeboten wurden. Das Präambulum und mehr noch das in wilden, unmetrisierten Modulationen sich ergebende Finale wurden mit viel Kraftauswand dargeboten. Man sollte mit Anspruchnahme des vollen Tonbereichs rechnen; ein derartig anerkennendes Schrifttum ertragen auch die härtesten Herzen nur mit Widerstreben. Auch muß mehr Bedacht auf Ausgleich zwischen dem Stufenübergang gelegt werden. Die Sopranistin intonierte einmald daneben, mühte sich auch die Söben mit Anstrengung erlangen, gefiel indessen in der Mittellage, wenn man auch noch Zeit für Wert verleiht. Im gemächlichen Chor brühte der Chor aus, ließ auf und wurde alles zu breit und mäßig eingeleitet; eine feine Ausgestaltung im Ausdruck ist hier vorzuziehen. Die Kirchenorgel für 2 Violinen, Cello und Orgel wurde heruntergeleitet wie ein Lebensgefühl, ohne Schwünge, ohne innere Teilnahme. Sonderbarerweise hatte der Dirigent sich so aufgestellt, daß nur ein Teil der Spieler ihn sehen und seine Bewegungen verfolgen konnte.

Die geliebte Hofkapelle feierte am Sonntagabend der fröhlichen Schillerer, jenseits Hilsbergstraße beim nächsten Hauptbahnhof der Theodor Feinhardt mit seiner Gattin in forpörlischer und geistlicher Rüstung. Die fröhliche Eingangslegung schloss an. Der St. Georgenchor der Pastor Fellmann, der dabei das Jubiläumsgesang der Regierung sowie namens der Gemeinde eine Proklamierung überreichte. Auch der Kirchenchor, dem der Jubilar seit langen Jahrzehnten angehört, wirkte bei der Feier mit.

Die Feuerwehr wurde gestern nachmittags nach der Ulrichsstraße gerufen, um aus noch unbefestigten Umräde in einem Blockhaus Feuer anzufachen. Bis zum Eintreffen der Wehr war das Feuer auf kleiner Herd beschränkt, jedoch nie nicht in Tätigkeit zu treten brannte.

Der alte Urmann. In vergangener Nacht wurden auf die Schienen der Fernbahn in der Königstraße drei Sprengstoffpakete gelegt, die beim Ueberfahren zum Explodieren gebracht wurden. Verloren sind nicht zu Schaden gekommen. Die Täter sind nicht ermittelt.

## Sport-Nachrichten der „Saale-Zeitung“.

### Fußballsport.

Verbindungsbestimmungen zwischen Turnen und Sport. Die Gewerkschaften zwischen Turnen und Sport, die schon oft heftige Auseinandersetzungen zur Folge hatten, haben sich abgefunden. So haben sich ja bekanntlich vor kurzer Zeit fünf Leibes-Turn- und Sportvereine von Halle dem Ausbruch für Verbindungen in Halle angeschlossen, und verfolgen hier ein gemeinsames Ziel, die Erziehung der deutschen Jugend. Aber auch über die Verbindungen einzelner Sport- und Turnvereine in letzter Zeit wohl der Chronik zu melden. So haben sich in Halle der Allg. Hall. Turnverein und Olympia zu einer Gemeinschaft vereinigt, und jetzt ist wieder ein derartiger Zusammenschluß zu erwarten. Wie wir aus zuverlässiger Quelle erfahren, können jenseits von Turn- und Olympia auch Halle 98 Verbindungen, eine Verbindungsbestimmungen. Sollte diese Erziehung, so wird in Halle in kurzer Zeit eine neue große und moderne Sport-Anlage entstehen, da im Falle eines Zusammenschlusses der beiden an sich schon großen Vereine, die bestehende Anlage, die über am Sportplatz am Zoo zu klein sein würde. Auch darüber schon bereits Verhandlungen im Gange sein.

Stadtsportplatz hat der S. B. für die nächste Zeit wie folgt abgeschlossen: 5. September Mühlendamm-Berlin, 12. Okt. Mühlendamm-Berlin, Ende Okt. Hamburg-Berlin. Die Spiele finden sämtlich in Berlin statt.

Opposition des S. B. gegen den D. B. In der letzten Sitzung nahmen die Berliner Mitglieder Stellung gegen das Vorgehen des D. B. Berlin verlangt zur Lösung der nächsten Spielserie eine außerordentliche Bundesversammlung, wo über den Antrag, für je 1000 Mitglieder eine Stimme, beraten werden soll. Im Falle der Ablehnung wird sich Berlin an den Bundes-Vorstand, sowie Bundespräsidenten nicht beteiligen. Dieses Ultimatum ist inoffiziell auf jeden Fall zu berücksichtigen, wird aber in der Zeit der Streiks absolut nicht fester.

S. B. „von 1918“ Halle a. S. hält an kommenden Mittwoch im Schweizerhaus, Körnerstraße, abends 8 Uhr seiner Monatsversammlung ab.

## Provinzial-Nachrichten.

Merseburg, 13. Juli. (Zum Bürgermeister) wurde der Gerichtsreferendar Karl Gausfeld aus Tangermünde gemäß, der zuletzt bei der Tangermünder Stadtverwaltung tätig war.

Henn, 13. Juli. Der Zentralverbandstag der Hausbesitzervereine Deutschlands findet am 20. und 21. August in Jena statt. Zur Tagesordnung stehen folgende Punkte: 1. Berichterstattung über die Gründung und Beseitigung der Mietwohnungen. 2. Berufung und Mitbestimmung mit besonderer Berücksichtigung der Gebetswertung. 3. Neue organisatorische Aufgaben des Hausbesitzers. Am Montag Besprechung der Berichte, Beratung und Beschlußfassung über die vorgelegten Beschlüsse und gestellten Entwürfe.

(-) Wittenfeld bei Großbottendorf, 15. Juli. (Groß-) feuer verlörte die Glasfabrik von Carl Kofe. Bei Ausbruch explodierten Behälter feuergefährlicher Vorzüge, so daß